

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Hilfringhaus, Berlin.
Telephon: Amt Dänhoff 4196/4195



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Delle-Alliance-Platz 6
Druckanschrift: Copalstr.

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abnahme höchstens 4 Bogen vor dem Erscheinen, wenn nicht anders vereinbart ist. Druckort für beide Zeilen ist Berlin.

Berlin, den 30. Sept. 1930

Die Quittung

für den 14. September.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Die Reichsregierung hat einen Wirtschafts- und Finanzplan veröffentlicht, der die Unterschrift des Reichskanzlers Brüning trägt. Man hätte erwarten können, dass die Regierung Massnahmen ins Auge fasst, die zur Überwindung der unmittelbaren Not dienen und die deshalb in den ersten Wochen getroffen werden müssen, um die Wirtschaft zu beleben und die Not zu lindern. Statt dessen legt die Reichsregierung eine Fülle von Vorlagen und Richtlinien hin, die neben ungeheurer drückenden Massnahmen gegen Arbeiter, Beamte und Angestellte eine Reihe von Plänen umfassen, die auf viele Jahre hindurch verteilt sind und sich im einzelnen noch kaum übersehen lassen.

Die Väter dieses Programms sind dieselben Männer, die seit zwei Jahren Versprechungen auf Versprechungen gehäuft haben und immer 14 Tage nach den Versprechungen das Gegenteil von dem getan haben, was sie gepredigt haben. Herr Brüning hat sich im Wahlkampf gerühmt, den Etat ins Gleichgewicht gebracht zu haben. Jetzt erfährt man, dass für das laufende Haushaltsjahr mit einem Defizit von 900 Millionen Mark gerechnet werden muss. Herr Dietrich hat vor der Wahl erklärt der Reichstag werde viele Monate Zeit haben, sich mit dem Programm der Regierung zu befassen, da der Etat im Gleichgewicht sei. Jetzt ist das neue Defizit da und jetzt muss wieder alles Hals über Kopf gehen.

Das Programm der Regierung enthält neben Realitäten eine Reihe von unsicheren Zukunftswechselln. Höchst problematischer Natur. Über allem aber stehen die Realitäten und sie sind erschreckend!

Die Gehälter aller Beamten im Reich, Länder und Gemeinden werden um 6 Prozent vom 1. April 1931 an gekürzt. Die Reichsregierung sieht darin ein Vorbild für die private Wirtschaft. Sie will mit diesen Gehaltskürzungen zugleich einen Anreiz für die Unternehmer geben, Kürzung der Arbeiterlöhne zu erzwingen. Das Programm der Regierung enthält eine unzweideutige Anweisung an die Schlichtungsbehörden, nach diesem Gesichtspunkte zu verfahren.

Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung wird um 2 Prozent auf 6½ Prozent erhöht. Das bedeutet für die Arbeiterschaft bereits eine einprozentige Lohnkürzung. Dafür werden die Reichszuschüsse für die Arbeitslosenversicherung beseitigt. Das Programm spricht davon, dass der Reichshaushalt künftig nicht für die Arbeitslosenversicherung in Anspruch genommen werden soll. Die Reichsregierung hat einen Gesetzentwurf vorbereitet, der die Darlehenspflicht des Reiches beseitigt.

Die Leistungen in der Krisenfürsorge sollen beträchtlich herabgesetzt werden. Ihre Sätze sollen im wesentlichen denen der Wohlfahrtsfürsorge angeglichen werden. Für den Etat des Jahres 1931 werden "schmerzhaft Abstriche selbst bei den sozialen und kulturellen Aufgaben angekündigt". Der Wohnungsbau soll eingeschränkt werden. Es sollen künftig rund 100 000 Wohnungen weniger gebaut werden. Zum Troste dafür wird angekündigt, dass am 1. April 1936 die gesamte Woh-

nungszwangswirtschaft gefallen sein soll. Der Schutz der Mieter soll dann zu Ende sein - die Wohnungsnot aber wird bei solchen Absichten bleiben. Zum Troste dafür soll ein Betrag von 400 Millionen Mark, also der vierte Teil des gesamten Hauszinssteueraufkommens an die Realsteuerpflichtigen verteilt werden. Eine Erhöhung der Tabaksteuer um rund 160 Millionen wird angekündigt. Schliesslich soll der Notetat des Jahres 1931 in Reich, Länder und Gemeinden als Normaletat für drei Jahre gelten. Die, wie das Programm selbst sagt, unter dem Druck der Not erzwungenen Abstriche sollen also als normale Etatsgebahren betrachtet werden!

Es ist ein erschreckendes Programm! Der soziale Sinn ist vollständig klar. Es ist ein Programm gegen die Arbeiterschaft. Beamte, Angestellte und Arbeiter bilden die Klasse, die ausschliesslich und allein die gewaltigen Kosten dieses Wirtschafts- und Finanzplans der Reichsregierung zu tragen haben. In der Einleitung zu diesem Plan findet sich der Satz: Die Höhe der von Gehalt und Löhnen, von Steuern und Soziallasten bedingten Gesteuerungskosten stehen einer Preissenkung hemmend im Wege. Das ist die These des Scharfmachertums, das der Ansicht ist, dass nur durch den Hunger der Arbeiter die Wirtschaft gesunden könnte. Ganz in diesem Sinne spricht das Programm von der Entlastung der produktiven Stände. Zu den produktiven Ständen zählen die arbeitenden Klassen bei dieser Regierung nicht. Sie haben nach diesem Programm neue Lasten zu tragen, die weit über eine Milliarde hinausgehen!

Das ist nicht ein Programm zur Belebung der Wirtschaft und zur Sanierung der Reichsfinanzen! Durch die Einschränkung des Wohnungsbaues und durch die ungewisse Aussicht auf Aufbringung von Baugeldern auf dem privaten Kapitalmarkt wird die Krise auf dem Baumarkt verewigt, eine der wesentlichsten Möglichkeiten zur Steigerung der Produktion verschüttet. Dieselbe Wirkung muss die Schwächung der inneren Kaufkraft durch Kürzung der Gehälter und Löhne hervorrufen. Alle jene Massnahmen, die der Wirtschaft in der Krise neue Antriebe geben könnten, sucht man in diesem Programm vergeblich: Abbau der Lebensmittelpreise durch Änderung der Zollpolitik, Umstellung der Handelspolitik, zielbewusste Kartellpolitik.

Das Ziel der endgültigen Sanierung der Reichsfinanzen wird auf diesem Wege nicht erreicht werden. Es ist ganz unbestimmt, ob die notwendigen Überbrückungskredite hereinkommen werden, und die Berechnungen dieser Regierung über die Etatslage sind genau so leichtfertig, wie alle ihre Berechnungen bisher gewesen sind.

Vor allem aber eins, der Schrei der Gemeinden nach Berücksichtigung ist völlig ungehört verhallt. Sie erhalten einen unsicheren Zukunftswechsel vom 1. April 1932 an auf ein Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer. Inzwischen aber haben sie die ungeheuren Lasten der Fürsorge für die Wohlfahrtserwerbslosen zu tragen, ohne dass ihnen irgend eine Hilfe winkt. Sie können bei diesem Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung vor die Hunde gehen!

Alles in allem, das ist ein Programm, ganz nach dem Herzen der Wirtschaftspartei und der Volkspartei, ein Programm, das mit ausserordentlicher Schärfe die Belastung der Arbeiterschaft zugunsten anderer Klassen vorsieht. Um Kapitalisten, Mittelständlern und anderen Interessentenhäufen Erleichterung ihrer wirtschaftlichen Situation zu geben, soll die Arbeiterschaft und mit ihr Beamte und Angestellte ungeheuer drückende Lasten auf sich nehmen. Das ist die Quittung, die die Regierung Brüning unter dem Drucke ihres rechten Flügels dem deutschen Volke für die Wahlen vom 14. September erteilt!

SPD. Zürich, 30. September (Eig. Drahtb.)

Der wechselvolle Kampf zwischen dem Zentral-Komitee der schweizerischen Kommunistischen Partei und der Schaffhauser Rechtsopposition hat eine überraschende Wendung genommen. Der nach Moskau geladene Führer der Rechtsopposition, Nationalrat Bringolf, hat von dort ein Schreiben an seine Anhänger gerichtet, in dem er sie zur Unterwerfung auffordert. Allerdings vergeblich, denn seine Leute erklären, dieser Brief sei vermutlich unter einem äusseren Zwang entstanden und daher für sie bedeutungslos. Die alte Schaffhauser Arbeiter-Zeitung bleibt daher auch weiter in Opposition zum Zentral-Komitee.

SPD. Braunschweig, 30. Sept. (Eig. Dr.)

In der Dienstagsitzung des Braunschweigischen Landtages erklärte Minister Dr. Jaspar den Rücktritt der braunschweigischen sozialdemokratischen Regierung. Die Wahl des Präsidiums begann mit einer Überraschung der Sozialdemokratie. Die Geschäftsordnung des Landtages sieht ausdrücklich vor, dass die Fraktionen gemäss ihrer Mitgliederzahl Anspruch auf das Präsidium haben. Trotzdem wählten Völkische, Deutschnationale und Deutsche Volkspartei einen Völkischen, in Konkurs geratenen Kaufmann Zörner zum Präsidenten. Die Sozialdemokratie protestierte gegen diese "Auslegung" der Geschäftsordnung. Der Führer der Völkischen erklärte aber, dass das braunschweigische Volk keine Marxisten im Präsidium mehr dulden wolle. Trotzdem wurde als erster Vizepräsident ein Mitglied der Sozialdemokratie gewählt, da die Völkischen vergessen hatten, im richtigen Augenblick einen anderen Vorschlag zu machen.

SPD. Dresden, 30. September (Eig. Drahtb.)

Der "Freiheitskampf", das Organ der sächsischen Nationalsozialisten veröffentlicht das Antwortschreiben der sächsischen nationalsozialistischen Landtagsfraktion an die Wirtschaftspartei auf deren Schreiben wegen Bildung einer sogenannten nationalen Regierung. Es wird darin gesagt, dass die nationalsozialistische Partei an ihrer grundsätzlichen Auffassung festhalte, wonach eine antimarxistische Regierung in Sachsen allein dem bei den letzten Landtagswahlen zum Ausdruck gekommenen Volkswillen entspricht. Das Ergebnis der Reichstagswahlen habe inzwischen unzweideutig gezeigt, dass ein grosser Teil des sächsischen Volkes eine den nationalsozialistischen Forderungen entsprechende Regierung will. Die nationalsozialistische Partei sei nach wie vor bereit, an der Bildung einer antimarxistischen Regierung teilzunehmen unter der Voraussetzung, dass ihre bekannten Forderungen als Grundlage der Verhandlung dienen.

In einem Kommentar zu diesem Antwortschreiben wird bemerkt, dass die Antwort der Fraktion die Hoffnung der anderen Parteien, die Nationalsozialisten durch Verhandlungen zum Verzicht ihrer Forderungen zu bringen, zunichte mache. Es bleibe dabei, dass die Nationalsozialisten das Innenministerium verlangen.

SPD. Wien, 30. September (Eig. Drahtb.)

Die Regierung Vaugoin ist gebildet. Sie ist eine Minderheitsregierung bestehend aus Christlichsozialen und zwei Heimwehrleuten. Der Landbund hat den Eintritt in eine Regierung Vaugoin abgelehnt. Den gleichen Beschluss fassten am Dienstag-Nachmittag die Grossdeutschen.

Minister des Innern wird der Bundesführer der Heimwehren Rüdiger von Starhemberg, Justizminister der Salzburger Landesführer der Heimwehr Dr. Hueber, Minister des Äusseren Dr. Seipel, Vizekanzler und Minister für soziale Verwal-

tungen Schmitz, Unterrichtsminister Szermak, Handelsminister Heini, Landwirtschaftsminister Thaller. Heeresminister bleibt Vaugoin.

Das Parlament wird am Mittwoch aufgelöst, ohne dass die Regierung vor den Nationalrat tritt.

SPD. Paris, 30. September (Eig. Drahtb.)

Der Verband der Seine-Sozialisten hat beschlossen, bei der Stichwahl zur Kammer im 20. Pariser Arrondissement, die am nächsten Sonntag stattfindet, den sozialistischen Kandidaten Jardel zurückzuziehen. Jardel ist am vergangenen Sonntag im ersten Wahlgang von seinem kommunistischen Konkurrenten Thorez überflügelt worden. Der Beschluss erfolgte um eine Zersplitterung der Arbeiterstimmen zu vermeiden und um nicht der Reaktion zu einem Siege zu verhelfen.

SPD. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst der Antwort des Preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung auf eine Kleine Anfrage einiger Landtagsabgeordneter entnimmt, sind die Vertragsverhandlungen mit den evangelischen Landeskirchen so weit gefördert, wie es die Schwierigkeit des Gegenstandes erlaubt. Ein Zeitpunkt für ihre Beendigung kann gegenwärtig noch nicht angegeben werden.

SPD. Paris, 30. September (Eig. Drahtb.)

Die französische Innenpolitik, die mit der letzten Sonntagsrede Tardieus aus ihrem Dornröschenschlaf der Sommermonate wieder erwacht ist, ist jetzt durch einen kleinen Theatercoup Poincarés in lebhafteste Bewegung geraten. Poincaré, der sich seit seiner schweren Erkrankung vollkommen zurückgezogen hatte, hat bei der Eröffnung des Generalrats im Departement Meuse einen wirkungsvollen Wiedereinzug in die politische Arena vollzogen. Umgeben vom Kriegsminister Maginot, der ihm als Vizepräsident des Generalrates dient, und seinen getreuen Wählern von Bar-Le-Duc betonte Poincaré entschieden das Recht Frankreichs, für seine eigene Sicherheit zu sorgen, die dank der klaren Sicht und der Energie Maginots in den besten Händen sei. Maginot habe das Verdienst, die unbedingt notwendige Erhöhung der Militärausgaben durchgedrückt zu haben. Denn - so fuhr Poincaré mit einem Seitenhieb auf Briand fort - "nach wiederholten kriegerischen Überfällen braucht Frankreich, um sich gesichert zu fühlen mehr und greifbareres als nur schöne internationale Hymnen zum Preise des Friedens."

Der Ausfall Poincarés gegen Briand wird selbstverständlich von den politischen Auguren aufs lebhafteste kommentiert. Darüber ist man sich allenthalben klar, dass Poincaré mit diesem Trompetenstoss die Wiederaufnahme seiner politischen Aktivität verkünden wollte. Selbst Ministerpräsident Tardieu scheint die Fahfare von Bar-Le-Duc derart in die Glieder gefahren zu sein, dass er sofort seinen Urlaub in der Normandie abbrach und sich einen Platz im Schnellzug nach Bar-Le-Duc belegen liess. Am Mittwoch will er mit Poincaré und Maginot zusammen frühstücken und bei dieser Gelegenheit feststellen, wohin die weiteren Absichten Poincarés zielen.

Zwei Hypothesen werden in politischen Kreisen für möglich gehalten: einmal dass Poincaré selbst wieder die Ministerpräsidentschaft übernehmen will, was ihm angesichts der stark verbrauchten Autorität Tardieus nicht schwer fallen dürfte, dann aber auch, dass er jetzt schon die Propaganda für seine Kandidatur bei der Wahl des Präsidenten der Republik im Mai 1931 beginnen wollte. Als aus-

sichtsreichste Kandidaten für die Nachfolge Doumergues gelten nämlich Poincaré und Briand.

Der an sich sehr kleine Zwischenfall von Bar-Le-Duc scheint also eine grosse Bedeutung für die französische Innenpolitik annehmen zu wollen.

SPD. Die neue Reichstagsfraktion der Nazis setzt sich nach Berufen folgendermassen zusammen :

15 Verwaltungsbeamte, 8 Mittelschullehrer, 7 Volksschullehrer, 18 Handwerker, 14 Landwirte und Gutsverwalter, 2 Landarbeiter, 7 ehemalige aktive Offiziere und der Fememörder Leutnant Heines. Die übrigen sind Kaufleute, Schriftsteller und Rechtsanwälte. Mehr als ein Drittel bezieht Einkommen von der Republik. Von den übrigen 69 üben nur wenige den angegebenen Beruf aus. Weitaus die meisten sind schon seit Jahren als Parteiangestellte Hitlers tätig

SPD. München, 30. September (Eig. Drahtb.)

Die Mitteilungen über die angebliche Absicht der Regierung Brüning nach einer neuen Niederlage im Reichstag mit Hilfe des Reichspräsidenten ohne Reichstag weiter zu regieren, versieht Hitlers Leiborgan mit folgendem Kommentar:

"Bekanntlich enthält die Verfassung auch einen Artikel, der eine Anklage gegen den Reichspräsidenten vorsieht. Wir warnen Herrn von Hindenburg. Geht die Regierung Brüning den angedrohten Weg, so ist sie illegal und ruft damit das Volk ebenfalls zur Illegalität auf."

SPD. Paris, 30. September (Eig. Drahtb.)

Der sozialistische Abg. Renaudel hielt in Toulon einen Vortrag über die deutschen Reichstagswahlen. Der Hitler-Sieg habe die Wahrheit jener Behauptung Mussolinis deutlich bewiesen, dass der Faschismus eine internationale Erscheinung sei. Was aber sollten die Sozialisten gegen diese neue faschistische Welle tun? Wenn Hitler an die Macht käme, könnten da die Sozialisten Frankreich ohne Verteidigung lassen? Wenn Brüning nicht die nötige Energie zur Verteidigung der Republik aufbringen sollte, könnten sich da die Sozialisten in den Kampf stürzen selbst auf die Gefahr hin wiederum mit nationalen Vorwürfen überhäuft zu werden wie einst Noske? Auf jeden Fall stehe Deutschland am Rande eines furchtbaren politischen Zusammenbruchs, und doch beruhe die gesamte Politik des Friedens auf der Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich, und diese Annäherung könne nur von der Demokratie vollzogen werden. Der Sozialismus müsse sich seiner hohen Verantwortung bewusst sein, denn er sei das Rückgrat der Demokratie.

SPD. Amsterdam, 30. Sept. (Eig. Drahtb.)

Das Büro des Internationalen Gewerkschafts-Bundes hielt am Dienstag in Amsterdam eine Sitzung ab, an der u.a. auch Leipart-Deutschland, sowie der Sekretär der SAJ, Adler, teilnahmen.

Das Büro wählte auf Vorschlag mehrerer Länder den bisherigen Untersekretär Walther Schevenels einstimmig zum Generalsekretär. Bis zum 1. Dezember sollen die Landeszentralen Vorschläge für die Wahl eines neuen Untersekretärs einreichen, die in der im Dezember stattfindenden Vorstandssitzung erfolgen wird. Der bisherige Generalsekretär Sassenbach erklärte sich auf dringenden Wunsch bereit, seine Funktion noch bis zum 1. Januar wahrzunehmen.

Das Büro beschloss ferner die Unterstützung schwacher Landeszentralen, wobei vorläufig auch die neugebildete britisch-indische Gewerkschaftszentrale berücksichtigt werden soll. In der zweiten Hälfte 1931 soll eine gewerkschaftliche Balkankonferenz in einem noch näher zu bestimmenden Ort stattfinden. Dem Vorschlag der Stockholmer Konferenz der internationalen Berufssekretäre entsprechend wurde die Berufsinternationale der Maschinisten und Heizer anerkannt. Hinsichtlich des Stockholmer Wirtschaftsprogramms sprach sich das Büro grundsätzlich für die Zusammenarbeit zwischen Internationalem Gewerkschafts-Bund und SAJ aus. Es soll eine gemeinsame Kommission für Wirtschaftsfragen gebildet werden, um für die Zukunft Widersprüche zwischen den Instruktionen beider Körperschaften zu vermeiden. Die gemeinsamen Beratungen sollen u.a. auch eine Beeinflussung der Wirtschaftskonferenz des Völkerbundes ermöglichen.

SPD. Paris, 30. September (Eig. Drahtb.)

Ab 1. Oktober tritt in Frankreich das neue Sozialversicherungsgesetz voll in Kraft, d.h. die Versicherung beginnt nun auch an die Versicherten regelmässig in Krankheitsfällen die gesetzlich festgesetzten Beiträge und Unterstützungen zu zahlen. Danach hat jeder Arbeiter, der 60 Tage lang den Versicherungsbeitrag gezahlt hat das Recht, im Krankheitsfalle zu einem Arzt seiner Wahl zu gehen, wobei ihm ausgelegte Beiträge im günstigsten Falle bis zu 85 Prozent rückvergütet werden. Das gleiche gilt für Medikamente. Wöchnerinnen haben Anspruch auf Unterstützungen sechs Wochen vor und sechs Wochen nach der Geburt. Bei Selbsternährung des Kindes haben sie weitere neun Monate Anspruch auf Zusatzleistungen von durchschnittlich 100 Franken. Die Wohltätigkeiten einer obligatorischen Versicherung werden den französischen Arbeitern nun bald klar werden.

SPD. Der kommunistische Parteisekretär und frühere Reichstagsabgeordnete Hans Kollwitz ist aufgrund eines Haftbefehls des Untersuchungsrichters des Reichsgerichts beim Landgericht in Essen verhaftet und dem Gerichtsgefängnis in Köln zugeführt worden. Gegen Kollwitz schwebt ein Hochverratsverfahren.

SPD. Braunschweig, 30. Sept. (Eig. Drahtb.)

Eine klägliche Rolle spielt die Deutsche Volkspartei des Braunschweigischen Landtags. Sie bildet mit den Deutschnationalen eine Einheitsliste. Trotzdem sie zahlenmässig stärker ist als die Deutschnationale Volkspartei, wurde sie bei der Wahl des Fraktionsvorsitzenden übergangen. Fraktionsvorsitzender des Bürgerblocks wurde der deutschnationale Abgeordnete Dr. Roloff. Auch bei der Ministerwahl darf sie ihre Stimme dem völkischen Minister Franzen-Kiel und dem deutschnationalen Minister Kuechenthal-Braunschweig geben, ohne selbst berücksichtigt zu sein. Endlich ist sie bei der Wahl des Braunschweigischen Landtagspräsidenten übervorteilt worden. Ihr Mitglied Wessel gehört seit über 20 Jahren dem braunschweigischen Landtag an. Wessel ist jahrelang Präsident des Landtages gewesen. Trotzdem haben die Völkischen durchgesetzt, dass als Präsident ein Neuling, der am Dienstag zum ersten Mal in den Landtag eingetreten und Pleite gegangene Kaufmann Zörner zum Präsidenten gewählt wurde, während sich die Volksparteiler mit dem 2. Vizepräsidenten begnügen mussten. Die 9 Nazis beherrschen die Bürgerblockler vollkommen. So ist es auch zu erklären, dass der stärksten Fraktion, der Sozialdemokratie, die über 17 Abgeordnete verfügt, der Präsident geraubt wurde.

SPD. Im Überwachungsausschuss des Reichstages holten sich der Reichsernährungsminister und die Regierung Brüning am Dienstag eine schwere Niederlage.

Der Ausschuss sollte nach dem Willen der Regierung von der Neuregelung der Gefrierfleischfrage, d.h. von der Ausgabe von Verbilligungsbons auf Frischfleisch Kenntnis nehmen und damit Schieles neue Massnahmen gutheissen. Reichsernährungsminister Schiele begründete die Massnahme und legte dar, dass auch die beteiligten Verwaltungs- und Wirtschaftskreise sich gegen eine unmittelbare Belieferung der Bevölkerung mit verbilligtem Frischfleisch anstelle von Gefrierfleisch ausgesprochen hätten, nachdem der Reichstag am 14. April die Aufhebung der zollfreien Gefrierfleißeinfuhr beschlossen habe. Er gab dann die Grundzüge der Neuregelung bekannt, die die Ausgabe von Gutscheinen von 20 Pfg. für das Pfund Frischfleisch vorsieht, wobei die im Reichshaushalt für 1930 noch nicht vorgesehene Deckung aus den Mehreinnahmen erfolgen soll, die die Erhöhung des Weizenzolls bringen sollen.

In der Aussprache wurde die mit dem Gutscheinsystem verbundene Rückkehr zu üblen Kriegsmethoden gebührend gekennzeichnet, mit der Durchstechereien, Schiebungen, unreeller Handel, Verteuerung und Verschlechterung der Preisqualität verbunden seien. Für die Regierungsparteien brachte der volksparteiliche Führer Scholz den Antrag ein, dass der Ausschuss von den Massnahmen der Reichsregierung Kenntnis nimmt und die Notwendigkeit der zunächst ausserplanmässigen Bereitstellung der erforderlichen Mittel bestätigt. Obwohl Schiele den Ausschuss beschwor, die Zustimmung nicht zu versagen, wurden von den Sozialdemokraten und Kommunisten Resolutionen eingebracht, die die Wiedereinführung des zollfreien Gefrierfleisches und der Fleischbeschauerleichterungen bei der Gefrierfleißeinfuhr im Gegensatz zu den Reichstagsbeschlüssen verlangen. Die Kommunisten forderten ausserdem, dass die 20 Millionen, die jetzt jährlich für die Bons verwendet werden sollen, als Dauernothilfe verwendet werden.

Die Abstimmungen brachten ein überraschendes Ergebnis und wurden zu einer Niederlage für Schiele und die Regierung. Der kommunistische Antrag wurde abgelehnt und die aus Sozialdemokraten und Kommunisten bestehende Mehrheit versagte der Reichsregierung die Zustimmung zu ihren Massnahmen. Es wurde dann ein Antrag von Dr. Paul Hertz angenommen, der im Gegensatz zu den Reichstagsbeschlüssen vom April wieder das zollfreie Gefrierfleischkontingent, wie es früher bestand, fordert.

Damit ist für die Reichsregierung eine peinliche Lage geschaffen. Man wird zwar nicht erwarten können, dass diese Regierung, die ohne den Reichstag zu regieren sich angewöhnt hat, von der Durchführung der Massnahmen absehen wird, aber der neue Reichstag wird als erstes sich mit der im Überwachungsausschuss geschaffenen neuen Lage befassen müssen und von neuem zu der himel-schreienden Ungerechtigkeit Stellung nehmen müssen, die durch die Beseitigung des Gefrierfleischkontingents geschaffen wurde und der Landwirtschaft keinerlei Nutzen bringt.

SPD. Stuttgart, 30. September (Eig. Dr.)

Dass die Wahlerfolge der Kommunisten und auch in gleichem Masse die der Hakenkreuzler lediglich Stimmungsreflexe waren, die aus der allgemeinen Wirtschaftslage, vor allem aus dem Umfang der Erwerbslosigkeit resultierten, keineswegs aber auf eine grundsätzliche Veränderung der politischen Denkweise der Bevölkerung schliessen lassen, das ist jetzt mit überraschender Deutlichkeit in dem schwäbischen Dorfe Oberurbach bei Schorndorf zu Tage getreten. Bei der Reichstagswahl brachten es die Kommunisten dort auf 286 Stimmen. Jetzt, 2 Wochen nach dem 14. September, fand in Oberurbach die Ortsvorsteherwahl statt; bei der die Kommunisten auch mit einem eigenen Kandidaten auftraten. Aber trotz der sehr starken Wahlbeteiligung von 85% erzielten sie für ihren Kandidaten nur 46 Stimmen - das ist etwa ein Siebentel der vor 14 Tagen für sie abgegebenen Stimmen.

SPD. Paris, 30. September (Eig. Drahtb.)

In den Pariser Schlachthäusern wird ab 2. Oktober der automatische Hammer zum Töten von Grossvieh eingeführt werden. Es handelt sich hierbei um ein englisches Patent, das bereits in vielen Städten Frankreichs mit Erfolg zur Verwendung gelangte. Als erster hat Herriot seine Anwendung in den Schlachthäusern von Lyon verfügt. Der englische automatische Hammer ist nicht, wie viele andere, mit Sprengstoff versehen und stellt somit für die Schlachtgehilfen keinerlei Gefahr dar. Andererseits ist sein Schlag unfehlbar und führt den sofortigen Tod des Tieres herbei.

SPD. Das Statistische Reichsamt teilt mit: Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats September auf 146,9 gegenüber 148,8 im Vormonat. Sie ist somit um 1,3 v.H. zurückgegangen. Ausschlaggebend war die Senkung der Ernährungsausgaben. Hier haben vor allem die Preise für Kartoffeln und Gemüse erheblich nachgegeben. Die Preise für Bekleidungsgegenstände haben ihren Rückgang verstärkt fortgesetzt. Die Kosten der Heizung haben sich infolge Abbaues der Sommerrabatte, die Ausgaben für den sonstigen Bedarf besonders durch die Heraufsetzung der Personentarife der Reichsbahn erhöht.

Die Indexziffern für die einzelnen Gruppen betragen (1913/14 = 100) für Ernährung 141,7, für Wohnung 130,5, für Heizung und Beleuchtung 152,4, für Bekleidung 160,8, für den sonstigen Bedarf einschliesslich Verkehr 195,5.

SPD, Genf, 30. September (Eig. Drahtb.)

Unter dem Druck der Verhandlungen vor dem Völkerbundsrat hat sich die litauische Regierung in tagelangen Verhandlungen mit den deutschen Vertretern hinsichtlich der Memelbeschwerden zu weitgehenden Zugeständnissen entschlossen.

Zu Beginn der Ratssitzung am Dienstag, die ausschliesslich der Memelbeschwerde gewidmet war, verlas Reichsaussenminister Curtius folgende Erklärung: "Ich möchte dem Rat Mitteilung darüber machen, dass über die memelländische Frage in den letzten Tagen Unterhaltungen zwischen mir und dem Herrn Vertreter Litauens stattgefunden haben. Das Ergebnis dieser Unterhaltungen ist in Erklärungen niedergelegt worden, die wir ausgetauscht haben. Auf Grund dieser Erklärungen bin ich zu meiner Genugtuung in der Lage, mitteilen zu können, dass im Memelgebiet u.a. folgende Massnahmen in Aussicht genommen worden sind: Das z.Zt. amtierende Direktorium des Memelgebietes wird in der Weise umgebildet, dass anstelle der beiden bisherigen Landesdirektoren zwei Angehörige der Mehrheitsparteien des bisherigen Landtages treten. Dieses Direktorium tritt nach dem Wahltage zurück und bleibt bis zur Einsetzung eines neuen Direktoriums als geschäftsführendes Direktorium im Amt. Als bald nach dem Zusammentritt des neuen Landtages ernannt der Gouverneur einen Präsidenten des Direktoriums, der das Vertrauen des Landtages geniessen muss, nachdem er zuvor über diesen Punkt die notwendige Fühlung mit den Parteien genommen hat. Im übrigen ist eine Neuzusammensetzung der Wahlkreis-Kommission und der Stimmbezirk-Kommission in Aussicht genommen, die den Grundsätzen parlamentarischer Parität Rechnung trägt. Auch bezüglich des Kreises der wahlberechtigten Personen sind die erforderlichen Massnahmen getroffen, in dem Sinne, dass lediglich Personen, die memelländisches Bürgerrecht besitzen, zur Wahl zugelassen sind. Ebenso sind auch die notwendigen Massnahmen in Aussicht genommen, zur Sicherstellung der Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit. Aus diesem Grunde kann ich die Punkte, die in meinem an den Rat gerichteten Antrag als dringlich bezeichnet

waren, zu meiner Freude als erledigt ansehen und auf ihre weitere Diskussion heute im Rat verzichten."

Der Berichterstatter Hambro-Norwegen schlug nach dieser Erklärung vor, die Erledigung der übriggebliebenen juristischen und finanziellen Differenzen während der nächsten Ratstagung vorzunehmen. Der Vorschlag wurde angenommen.

SPD. Genf, 30. September (Eig. Drahtb.)

Anlässlich der Beratung der Berichte der Abrüstungskommission in der Vollversammlung des Völkerbundes kam es am Dienstag nach ruhigem Verlauf der übrigen Tagesordnungspunkte zu einer sehr ausgedehnten und bedeutsamen Aus-
einandersetzung über die Frage der Einberufung der allgemeinen Abrüstungskon-
ferenz.

Zunächst bedauerte Borden-Kanada, dass keine Möglichkeit der tatsächlichen Abrüstung bei den Beratungen der dritten Kommission erreicht worden sei. Er verlangte, dass die vorbereitende und die endgültige Abrüstungskonferenz das Werk endlich vollenden sollten, das dem Völkerbund als Ziel gesetzt und von den Völkern erwartet werde. Curtius-Deutschland erklärte, dass sich die deutsche Delegation zu Punkt 1 der Stimme enthalten werde. Sie wünsche, dass ein Termin innerhalb des Jahres 1931 bestimmt werde. In dem Bericht werde zwar der Wunsch ausgedrückt, 1931 zur endgültigen Abrüstungskonferenz zu kommen, aber dieser Wunsch sei nicht in der Entschliessung enthalten. Daher bezwecke Deutschland mit der Stimmenthaltung die Annahme zu ermöglichen und seinem Protest gegen die Möglichkeit einer neuen Verschiebung Ausdruck zu geben. Der österreichische und der ungarische Vertreter liessen ebenfalls erklären, dass sie sich der Stimme aus den gleichen Gründen enthalten würden.

Das rief den französischen Aussenminister Briand auf die Tribüne, der in langer und teilweise heftiger Rede noch einmal den grundsätzlichen Standpunkt Frankreichs zur gesamten Abrüstungsfrage darlegte. Die Stellung Frankreichs in der Frage der Einberufung der endgültigen Abrüstungskonferenz habe sich nie geändert. Der Völkerbundsakt und seine Verfassung stellten eine heilige Verpflichtung fest, die Zurückführung der Rüstungen in der Weise, wie die Sicherheit gewährleistet sei. So bestehe ein ursächlicher Zusammenhang zwischen Sicherheit und Abrüstung. Wenn ein Vertrag abgeschlossen wäre, der bestimme, dass einer für alle und alle für einen eintreten sollten, dann wäre die Bedingung der Sicherheit erfüllt. Dann könnte sich ein Land der Abrüstung nicht mehr entziehen. "So haben wir - fuhr Briand fort - zwischen Völkern, die oft gegeneinander standen, regionale Übereinkommen schliessen müssen. Wir haben alles versucht, um die Sicherheit zu finden. Aber Frankreich hat nicht die Empfindung völliger Sicherheit. Trotzdem hat es sein möglichstes getan."

Briand erinnerte dann daran, dass Frankreich vor dem Kriege eine starke Armee, deren es sich leider bedienen musste, von 810 000 Mann gehabt habe bei dreijähriger Dienstzeit. Jetzt sei im Verhältnis zur Sicherheit Schritt für Schritt die Dienstzeit von drei auf ein Jahr und die Mannschaftsziffer auf 556 000 Mann herabgesetzt worden. Das sei mehr als 41 Prozent Verminderung der Rüstungen Frankreichs. Das sei ein Beitrag zum Geist des Paktes. Nun aber seien Schreie des Hasses und der Rache an seine Ohren gedrungen. Jeder verantwortliche Staatsmann müsse unbedingt auf solche Äusserungen hören, wenn er nicht eines Tages überrascht werden solle. Viele Völker müssten sich noch schützen vor Bedrohungen. Die Völker sollten wohl abrüsten sobald sie den nötigen Grad von Sicherheit erreicht hätten. Aber die Abrüstung ohne Rücksicht auf die Sicherheit sei ein Verbrechen an den Völkern. Er verstehe sehr gut, dass dem deutschen Vertreter die Entschliessung nicht genüge. Frankreich habe Vertrauen darauf, dass alle Völker einst den Frieden als höchstes Gut betrachten müssten. Bis dahin aber müsse es auch leben. "Schliessen wir die Reihen, schloss Briand, für den Marsch zum Frieden. Die bescheidene Resolu-

tion kommt aus gutem Willen. Ich zweifle nicht, dass wir zu einem günstigen Abschluss kommen. Die Finanzhilfe im Kriege und die Generalakte sind Schritte zur Sicherheit, aber sie müssen auch getan werden. Die Generalakte ist in der Kammer schon angenommen. Sie wird auch im Senat angenommen werden. Frankreich müsse zur Abrüstung vorsichtig schreiten, aber es schreite!"

Apponyi-Ungarn sprach sehr scharf gegen Briand und war ihm vor, es sei keine Solidarität, wenn die einen stark bewaffnet seien, die anderen aber gewaltsam abgerüstet.

Nocheinmal sprach Curtius, er habe geglaubt eine kurze Erklärung genüge, aber die Debatte zwingt ihn nochmals zu sprechen. Bezüglich des Termins sei es Deutschlands Ziel, durch Enthaltung die Annahme der Entschliessung zu ermöglichen. Die vorbereitende Abrüstungskonferenz sei im November. Sie werde ihre Arbeiten bald abschliessen. Warum also solle man noch ein ganzes Jahr warten, bis zur allgemeinen Abrüstungskonferenz? Schon vor zwei Jahren sei die Versammlung entschlossen gewesen, sobald als möglich die Konferenz einzuberufen. Die Ereignisse inzwischen hätten diese Notwendigkeit noch dringender gemacht, deshalb habe die deutsche Delegation einen bestimmten Termin gefordert, aber auch aus der praktischen Erwägung heraus, dass erst, wenn ein Termin bestimmt festgelegt sei, dann die vielen Arbeiten beschleunigt würden. Jetzt sei durch eine unbestimmte Terminsetzung die Gefahr neuer Erschwerungen gegeben. Deutschland werde positiv mitarbeiten, aber darauf dringen, dass die Konferenz in 1931 stattfindet. Zur Abrüstung im allgemeinen könne er sich auf die Erklärungen des Reichskanzlers Hermann Müller im Jahre 1928 und auch seiner eigenen zu Beginn der diesjährigen Tagung beziehen. Er stehe als Vertreter des ganzen Volkes da, wenn er sage, dass die Aufrechterhaltung der jetzigen Rüstungen den Frieden mehr gefährden, als eine im jetzigen Augenblick mögliche Abrüstung. Der Weg Briands müsse umgekehrt werden. Die beste Sicherheit liege in der Abrüstung.

Lord Cecil-England sprach ebenfalls gegen Briands These die Hoffnung aus, dass die Konferenz nächstes Jahr zusammentreten werde. Darauf wurde der Abrüstungsbericht abgesehen von den drei Stimmenthaltungen, einstimmig angenommen.

Über die Kriegsverhütungsmassnahmen berichtete dann Lange-Norwegen, der die bereits erwähnten Vorschläge der dritten Kommission vorlegte. Als erster und einziger Redner sprach dazu Breitscheid-Deutschland, der folgendes ausführte: "Wenn ich zu diesem Punkte der Tagesordnung spreche, so nur, um noch einmal mehr zu versichern, welche hohe Bedeutung die deutsche Delegation der Fortsetzung der Arbeiten zur Kriegsverhütung zumisst, und ich gestatte mir daran zu erinnern, dass es Deutschland war, das vor mehr als zwei Jahren im Sicherheitskomitee jene Ideen eingeführt hat, die die Grundlagen des Entwurfes sind, über den die dritte Kommission verhandelt hat. Es handelt sich darum, im Falle eines drohenden Krieges der beratenden Aktion des Rates so viel Kraft als möglich zu geben. Zu diesem Zweck sollten sich die Staaten verpflichten, in einem Streitfalle die Empfehlungen anzunehmen, die ihnen der Rat in Anwendung des Art.11 des Paktes im Interesse des Friedens machen würde. Ich bin glücklich, feststellen zu können, dass die dritte Kommission einstimmig der im vorigen Jahre von der englischen Delegation aufgeworfenen Frage zugestimmt hat, ob es nicht nützlich sei, eine allgemeine Konvention abzuschliessen, nach dem Vorbild des Vertrages, der auf der Grundlage der deutschen Anregung vor zwei Jahren vom Sicherheitskomitee ausgearbeitet worden war. Indem sie Art.1 des vom Sicherheitskomitee ausgearbeiteten Entwurfes annahm, hat die dritte Kommission einen zweiten Fortschritt gemacht."

Nach dieser Rede wurde der Bericht angenommen und die Versammlung geschlossen.

SPD. London, 30. September (Eig. Drahtb.)

Im Alter von 57 Jahren ist am Dienstag Lord Birkenhead gestorben, einer der markantesten englischen Persönlichkeiten der letzten 25 Jahre, gleichgross in ihren Vorzügen wie in ihren Fehlern. Als Sohn des Feldwebels Smith wurde Birkenhead geboren, seine Vorfahren waren Bergarbeiter. Als Lord und Grossgeschäftsmann, dessen Jahreseinkommen auf 30 000 Pfund Sterling geschätzt wurde, verlässt er die Welt und nur im demokratischen England war eine Karriere wie die des Verstorbenen denkbar. 1906 trat er als konservativer Abgeordneter in das Unterhaus und seine erste Parlamentsrede war der entscheidende Durchbruchssieg für seine Laufbahn, die ihn im Galopp vorwärts trug. Der Krieg brachte ihn auf die Höhe des Ruhmes. Er ging nach Frankreich, wurde Major, Chef des Kriegspresseamtes, um dann in Amerika die Masse für das Schlachten an der Seite der Entente zu begeistern. Er wurde Minister im Kriegskabinett Lloyd Georges, englischer Friedensdelegierter in Versailles, er wurde geadelt, wurde Kronanwalt, Lordkanzler des Oberhauses und von 1924 bis 1928 Staatssekretär von Indien. Draufgänger wie selten einer, zerschlug er in der indischen Frage, von der er nicht das geringste verstand, alles Porzellan, das jetzt die Arbeiterregierung zu leimen hat. Er war der Schmied seines Glückes, aber zugleich auch seines Abstieges. Das erste verdankte er seiner Rednergabe und seinen glänzenden Fähigkeiten, den Niedergang seinem jeden Gegner abstossenden arroganten Wesen. Das England, das Birkenhead vertreten hat, ist dahin, das England 1930 braucht andere Männer, andere Charaktere, anderen Geist und neuen Inhalt. Dem stand niemand ferner als Birkenhead, dem die Arbeiterbewegung, die er hasste und bekämpfte, keine Träne nachweint. Er war ein Erfolg für seine eigene Person, ein Nachteil und Missgriff für die Allgemeinheit.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören)

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

„Aus aller Welt“

Opfer des "Dritten Reichs" -!

Der Selbstmord des SA=Mannes - "Von den Hakenkreuzbonzen verraten" - Letzter Ausruf eines Verzweifelten-: Der Freitod.- Goebbels und die "Muskelstarken":

SPD. In seiner Wohnung in der Herschelstrasse 4a in Charlottenburg hat sich der 24jährige Bäcker Helmuth Gantzert, aktives Mitglied der nationalsozialistischen Sturmabteilungen und bisher fanatischer Vorkämpfer des sogenannten "Dritten Reiches" mit einem Browning erschossen.- Ein Selbstmord wie viele, könnte man sagen, wenn hier nicht besondere Umstände eine besondere Betrachtung verlangen würden. Die Berliner Gauleitung der NSDAP verbreitet, wohl wider besseres Wissen, die Nachricht, dass Gantzert einem verbrecherischen Anschlag politischer Gegner zum Opfer gefallen sei-, die Polizei hat einwandfrei festgestellt, dass der Nationalsozialist Selbstmord begangen hat. Wie kam Gantzert, der seit Beginn der SA=Tätigkeit in der vordersten Reihe der Hitler=Bewegung stand, dazu, Hand an sich zu legen? -

Helmut Gantzert verkehrte mit seiner Sturmabteilung in dem Lokal von Siegmund, Tegeler Weg 14. Hier wurde auch bei Alkohol und Gesang der Wahlerfolg vom 14. September so ausgiebig gefeiert, dass keiner von den Goebbels=Männern mehr nüchtern war, ausser Gantzert, der sich die Entwicklung der Bewegung wohl anders vorgestellt hatte. Durch die Phantastereien seiner Gesinnungsgenossen, die von nichts anderem mehr als von Ministersesseln, vom Hängen und Köpfen sprachen, fühlte er sich so angewidert, dass er sich mehr und mehr von ihnen zurückzog. In Gesprächen, die er mit Freunden führte, stellte Gantzert resigniert fest, dass die Parteileitung die einfachen Mitglieder verraten habe und dass die Massen, die die NSDAP gewählt hätten, nur gut genug dazu seien, um den "Hakenkreuzbonzen" zur bequemen Karriere zu verhelfen.

Am Montag abend war Gantzert wieder im Parteilokal am Tegeler Weg, wo er in heftige Auseinandersetzungen mit seinen Kameraden geriet. Als ihm von mehreren Seiten vorgehalten wurde, dass er das Vertrauen in Hitler verloren habe, und deshalb kein richtiger Nationalsozialist mehr sei, schrie Gantzert voller Verzweiflung seinen Kameraden entgegen: "Wenn so das dritte Reich aussieht, dann schiess' ich mir eine Kugel in den Kopf." Die anderen antworteten ihm mit Hohnlachen und Spott, während Gantzert plötzlich still wurde und keine Antwort mehr gab. Nach Hause zurückgekehrt, begab sich der SA=Mann in sein Schlafzimmer, legte sich auf sein Bett, griff zum Browning und jagte sich eine Kugel durch den Mund. Der Tod trat sogleich ein.

Das ist die Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung! - Ihre Besten angeekelt durch die innere Verlogenheit und Unehrlichkeit ihrer Führer, wissen keinen anderen Ausweg mehr, als den, freiwillig aus dem Leben zu gehen. Inzwischen ist in der Berliner SA die von Hitler mit Geld beschwichtigte Revolte wieder aufgeflammt, die durch diesen tragischen Fall sicher neue Nahrung erhalten wird. Herr Goebbels, der lorbeerumkränzte Führer der Berliner NSDAP, scheint sich seinen eigenen Leuten gegenüber bereits so unsicher zu fühlen, dass er in die Parteiversammlungen nur noch von einer muskelstarken Leibwache begleitet zu gehen pflegt. Die Drohbriefe aber, die die Geschäftsstelle der Berliner NSDAP in der Hedemannstrasse täglich mit der Unterschrift "Verratene SA=Leute" erhalten soll und in denen an Schmähungen der "sattgefressenen Bonzen" kein Mangel ist, gehen angeblich in die Dutzende. Herr Hitler scheint seines Sieges wirklich nicht recht froh zu werden.

Liebesmorde am laufenden Band...

Von Leuten, die keine anderen Sorgen haben --.

SPD. Jeden Tag ein Mord in Paris. Das letzte Mal waren es sogar drei es lag ein mordfreier Mittwoch davor. Das Versäumte musste gleichsam nachgeholt werden. Drei eifersüchtige Liebhaber machten hinter ihr Liebesidyll einen blutigen Schlusstrich. Einer von ihnen benutzte ein altbewährtes Mittel, um Konflikte zu lösen: er steckte sein Rasiermesser ein und erwartete, mit ihm bewaffnet, die Partnerin beim Rendezvous. Die Mörderhand trifft ihr Opfer auch im Dunkel: Nachts um 3 Uhr fanden Schutzleute die Frau mit durchschnittenem Halse auf. Den Mörder Nummer eins verhaftete man am anderen Morgen.

Fall zwei: Ein Mörder aus Eifersucht, er war arm, hatte noch nicht einmal ein Rasiermesser. Darum raffte er am Wege eine Eisenstange auf und schlug seine Geliebte auf der Brücke bei Maison-Alfort damit tot. Der Täter wurde am nächsten Tages festgenommen, mit Handschellen gefesselt und an den Ort seiner Tat geführt. Als die Polizeibeamten ihn einen Augenblick nicht genau im Auge behielten, schwang er sich über das Geländer. Man zog ihn als Leiche aus dem Wasser.

Und nun der dritte Liebesmord an diesem Tage: Sie, die schöne Heldin des Dramas, ist vielleicht schon tot, wenn diese Zeilen gelesen werden. Mit ihm, dem Mörder, steht es nicht besser. Sie liegen beide schwerverletzt im Krankenhaus. Sie heisst Odette Montrot, ist 28 Jahre alt und natürlich sehr hübsch, wie es sich für eine kleine Filmschauspielerin ja gehört. Er, der Mörder, war ehemaliger Marineoffizier. Eigen Tripier, so heisst er, hatte unter eigenartigen Verhältnissen die Bekanntschaft der jungen Dame gemacht. Er fuhr mit seinem Wagen spazieren, in dem rasenden Tempo, wie es in Paris beliebt ist. An einer Strassenecke ein Ruck, knirschende Bremsen, ein Todesschrei: eine junge Dame lag unter dem Auto. Es war Odette, zum Glück wenig verletzt. Eugen hob sie auf, sah, dass sie hübsch war und fuhr sie zur nächsten Unfallstelle. Hier schlug Odette die schönen Augen auf und -- es war die bekannte "Liebe auf den ersten Blick". Eugen mietete Odette eine nette kleine Wohnung, es wurde der Himmel auf Erden. Odette war glücklich; sie konnte es sein, denn Eugen knauserte nicht, mit entzückenden Kleidern, feiner Wäsche und teuren Theaterlogen. Was verlangt das Herz einer kleinen Filmschauspielerin mehr? Es verlangte noch mehr. Es verlangte nach Brillanten, nach Pelzmänteln, nach einem eigenen Auto, Und als es das alles hatte, als nichts mehr zu wünschen übrig blieb, da erkaotete die Glut der Leidenschaft plötzlich. Die schöne Odette wurde launisch und begann sich auch für andere Männer zu interessieren, unter deren praller Briefftasche man ein begehrendes Herz klopfen hörte. Und eines Tages geschah es, wie es immer passiert: Eugen sahh in der netten kleinen Wohnung und wartete auf seine Freundin. Odette kam nicht, sie hatte einen anderen Liebhaber gefunden, -- sie lag schon in den Armen eines reichen Gemüsehändlers. Eugen Tripier zog sein Notizbuch hervor, in dem er alle seine Ausgaben verbucht hatte und sah, dass er ruiniert war. Eugen wartete drei, vier, acht Tage. Als eine Woche herum war und die Reulose immer noch nichts von sich hören liess, ging Eugen in eine Waffenhandlung, kaufte sich einen Revolver und zwei Patronen. Der dramatische Knoten war geschürzt.

Das Drama fand, wie immer, in der Nacht statt. Eugen traf ein unglücklicher Zufall wollte es -- die treulose Geliebte zufällig auf der Strasse. Odette, der Böses schwante, spielte an diesem Abend die beste Komödienrolle ihres kurzen Lebens. Sie empfing Eugen mit einer Umarmung, lächelte, als ob nichts geschehen sei und versprach sogar, mit Eugen den Abend zu verbringen. Er entsicherte den Revolver, lächelte ebenfalls und beschloss, den passenden Augenblick abzuwarten. Dieser passende Augenblick kam nachts um 2 Uhr, als Odette sich weigerte, Eugen in die Wohnung zu begleiten. Es krachte ein Schuss, dann noch einer... Nächtliche Passanten, Schutzleute eilten herbei. Am Boden lag, schwerverletzt, die schöne kleine Odette... Neben ihr fand man, blutüberströmt, den ehemaligen Marineoffizier....

+ + +

Furchtbares Autounglück. In der Nähe von Sosnowice (Polen) geriet ein Personenauto, in dem zwei Priester, ein Mädchen und der Chauffeur saßen, unter die Räder eines heranbrausenden Eisenbahnzuges. Alle Vier wurden auf der Stelle getötet.

+ + +
Tödlicher Starkstrom. Auf der Kokerei "Anna" in Alsdorf bei Aachen waren vier Arbeiter mit dem Transport einer schweren Maschine beschäftigt, die verhängnisvollerweise mit einem defekten Kabel in Berührung kam. Sogleich war die Maschine unter Starkstrom gesetzt. Die Arbeiter stürzten unter entsetzlichem Aufschrei zu Boden. Zwei waren sofort tot, die andern beiden konnten nach angestrengten Wiederbelebungsversuchen mit dem Sauerstoffapparat gerettet werden.

+ + +
Flammentod zweier Kinder. In Gross-Weide (Kreis Marienwerder) brannte ein Bauernhof nieder. Zwei Kinder im Alter von 5 und 6 Jahren, die sich im Innern des Hauses befanden, sind in den Flammen umgekommen. Aus Angst vor dem Feuer hatten sie sich in der Gäckselkammer versteckt.

+ + +
Mordversuch am Bruder. Im Städtchen Waltershausen im Landkreis Gotha versuchte ein gewisser Fritz Braunstein seinen Bruder Hermann durch Mord aus dem Wege zu räumen. Er bohrte in die Zimmerdecke von unten ein Loch und zog einen Gasschlauch hindurch, um so Gas in das in der zweiten Etage gelegene Zimmer des Bruders zu leiten. Der Mordanschlag misslang, da das Gas, das sich in der Wohnung angesammelt hatte, explodierte. Der Täter, der auf das Dach des Hauses geflüchtet war, konnte festgenommen werden.

+ + +
Schüsse auf die Mutter. In Berlin-Moabit wurde ein 18jähriger Friseurgehilfe, der auf seine Mutter mehrere Schüsse abgefeuert, sie aber zum Glück nicht tödlich getroffen hatte, wegen gefährlicher Körperverletzung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Da besonders traurige Verhältnisse vorlagen, bewilligte das Gericht dem Angeklagten eine Bewährungsfrist von drei Jahren.

+ + +
Zugzusammenstoß. Auf der Strecke Gera-Weichlitz fuhr am Montag abend ein Personenzug auf einen Güterzug auf. Siebzehn Personen erlitten Verletzungen. Vier Güterwagen stürzten um, vier andere entgleisten.

+ + +
Räuberische Milchliebhaber. Ein sonderbarer Ueberfall wurde auf einen Pariser Milchhändler verübt, der in den frühen Morgenstunden mit seinem Handwagen unterwegs war. Zwei Leute, die in einem Kraftwagen fuhren, hielten den Händler an und zwangen ihn mit vorgehaltenem Revolver, ihnen zwei Kannen mit je fünf Liter Milch auszuliefern. Nachdem sie noch einige Schüsse in die Luft abgefeuert hatten, fuhren sie mit ihrem Raube von dannen.

+ + +
Ein gutes Beispiel. Die Stadtverordneten von Mörs haben einstimmig beschlossen, auf ihre Stadtverordnetendiäten zu verzichten. Die dadurch ersparten 5000-Mark sollen zur Lebensmittelbeschaffung für Minderbemittelte verwendet werden.

+ + +
Ein heimgesuchter Juwelier. In ein Goldwarengeschäft der Kölner Altstadt, das bereits vor fünf Jahren von Einbrechern ausgeplündert worden war, drangen in den Frühhmorgenstunden des Dienstag Räuber ein, die beide Schau- fenster ausräumten. Sie erbeuteten Uhren, Armbänder, Halsketten und Edelsteine im Werte von mehr als 15 000 Mark.

+ + +
Oberammergau macht Bilanz. Oberammergaus Festspielzeit hat am Montag mit der 79. Aufführung ihr Ende erreicht. Die Gesamtzahl der Besucher wird mit 383000 angegeben. 28 000 Gäste kamen aus England, rund 50 000 aus Nordamerika. Die Ortsstatistik verzeichnet mehr als 240 000 Uebernachtungen.

Halsmann begnadigt. Der österreichische Bundespräsident hat Friedrich Halsmann, der wegen Tötung seines Vaters in Innsbruck zum Tode verurteilt worden war, begnadigt.

Mit dieser Begnadigung ist vorerst der Schlusstrich unter eine Kriminalaffäre gesetzt, die seinerzeit die ganze Welt erregt hat. Der Student Halsmann war verurteilt worden, obwohl er bis zum letzten Augenblick mit aller Leidenschaftlichkeit seine Unschuld beteuert hatte. Die Indizien, auf Grund deren das Urteil gefällt wurde, waren höchst zweifelhaft und es wurden viele Stimmen laut, die behaupteten, dass Halsmann, der Jude war, antisemitischen Strömungen zum Opfer gefallen sei. Hatte doch einer der Zeugen ganz öffentlich erklärt: "Kein anderer als der Jude ist es gewesen. Dem gehört der Kopf vor die Füße!" Halsmann will sich übrigens mit dem Begnadigungsakt des Bundespräsidenten nicht begnügen, sondern alles versuchen, um seine juristische Rehabilitierung durchzusetzen.

Ungetreuer Krankenkassenangestellter. Der Angestellte Steffens, der bei der Ortskrankenkasse in Mayen über 10 000 Mark unterschlagen hatte und dann flüchtig geworden war, ist jetzt in Luxemburg verhaftet worden. Er besass noch etwa 1400 Mark in bar, das übrige Geld will er ausgegeben haben.

Zuchthaus Sonnenburg wird aufgelöst. Der preussische Justizminister hat die Auflösung der Strafanstalt Sonnenburg bei Frankfurt/Oder verfügt, die zur Zeit mit 353 Gefangenen belegt ist. Begründet wird die Massnahme damit, dass die Frage der Trinkwasserversorgung Sonnenburgs nicht einwandfrei zu lösen ist. Die Gefangenen werden anderen Anstalten überwiesen werden.

Fortschritte der Ferngasversorgung. Nachdem der Bau der grossen Gaskompressoranlage in Alsdorf bei Aachen beendet ist, wird vom 1. Oktober ab das Ferngas von dort in einer 73 Kilometer langen Leitung nach Köln geleitet werden.

Mit der Axt erschlagen. Das Essener Schwurgericht verurteilte am Dienstag die 29jährige Luise Drews aus Glasbeck, die am 11. Mai ds. Js. ihren Mann, der schlafend auf dem Sofa lag, mit der Axt erschlagen hatte, wegen vorsätzlicher Tötung zu zweieinhalb Jahren Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Der Staatsanwalt hatte fünf Jahre Gefängnis beantragt. Die Tat geschah, wie die Verhandlung mit erschütternder Deutlichkeit ergab, aus Verzweiflung über die dauernden Misshandlungen, denen die Angeklagte und ihre Kinder von seiten des gewalttätigen Mannes ausgesetzt waren.

Ein folternder Abgeordneter. Aus Beirut werden unerhörte Exzesse bekannt, die sich eine der führenden Persönlichkeiten im politischen Leben der Libanonrepublik, ein reicher Gutsbesitzer namens Abdul Razzah aus der Gegend von Tripolis, hat zu Schulden kommen lassen. Der Sohn des Deputierten war plötzlich an einer nicht feststellbaren Krankheit gestorben und der Vater hatte ganz grundlos den Verdacht, dass zwei in der Küche beschäftigten Frauen ihn Gift ins Essen gemischt hätten. Abdul Razzah verprügelte die Frauen in der unmenschlichsten Weise und beschloss, als sie trotzdem kein Geständnis ablegten, sie zu foltern. Er riss den Unglücklichen die Kleider vom Leibe und begann mit heissen Eisen auf sie einzuschlagen. Als die Bestie noch immer nicht den gewünschten Erfolg sah, ging sie ihren Opfern mit einem glühenden Ladestock zu Leibe. Die eine Frau starb unter den Händen des Wüterichs, die andere wurde in sterbendem Zustand ins Krankenhaus gebracht. Die tierische Tat des Gutsbesitzers hat allgemein die grösste Empörung hervorgerufen. Die Oppositionspresse beschäftigt sich in sehr scharfen Artikeln mit diesem ungläublichen Fall, der alle Greuel des Mittelalters in den Schatten stellt.



Reformvorschläge des Kabinetts.

SPD. Die Reichsregierung hat am Dienstag Abend ihren Wirtschafts- und Finanzplan veröffentlicht. Die Vorschläge zeigen durchaus die Tendenz der Notverordnung: die ganze Last der fürchterlichen Krise wird auf die breiten Massen, die Schichten der Arbeiter, Angestellten und Beamten abgewälzt; andererseits werden nicht unerhebliche Steuergeschenke gemacht. Das gilt für die geplante Neuregelung der Hauszinssteuer, für die beabsichtigte Vereinheitlichung der Steuererhebung, weiter hinsichtlich der angekündigten Realsteuersenkung. Die Reichsregierung rechtfertigt ihre Massnahmen mit dem Hinweis auf "eine notwendige Entlastung der produktiven Stände"; "nicht höhere Steuern", so argumentiert sie, "sondern allein Sparmassnahmenentlastung und Wiederherstellung des Vertrauens seien die Grundideen, die bei der Entschliessung der Regierung ausschlaggebend gewesen seien." Aus den Vorschlägen der Regierung geben wir folgendes wieder:

Reichshaushalt. Für das Haushaltsjahr 1930 wird mit einem Fehlbetrag von 750 bis 900 Millionen Mark gerechnet, Davon entfallen 300 Millionen Mark auf die kommenden Anforderungen der Arbeitslosenfürsorge und etwa 450 bis 600 Millionen Mark auf den Rückgang der Einnahmen. Man will dieses Defizit im Laufe von drei Jahren abdecken und zu diesem Zweck durch ein besonderes Gesetz einen Fond bilden. Die Regelung wird gewählt, um die Beschaffung eines Ueberbrückungskredits zu gewährleisten.

Die Haushaltsausgaben im Jahre 1931 sollen um 1 Milliarde Mark gekürzt werden, Nach Auffassung der Regierung wird diese radikale Kürzung dem Einnahmenrückgang entsprechen. Für die Ausgaben senkung sind folgende Massnahmen vorgesehen:

a) Die Bezüge des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers, der Reichsminister und die Diäten der Abgeordneten werden um 20%, die Dienstbezüge der Beamten und die Versorgungsbezüge der Wartegeld- und Ruhegeldempfänger um 6% gesenkt. Die Senkung tritt am 1. April 1931 in Kraft und zwar für die Dauer von drei Jahren. Die durch die Notverordnung eingeführte Reichshilfe fällt damit fort. Von der Kürzung sind die Kinderzulagen ausgenommen. Personen, deren kündigungspflichtige Bezüge 1500 Mark jährlich nicht übersteigen, sind von der Kürzung befreit. Hier erwartet das Reich eine Ersparnis von 120 Millionen Mark. Die gleichen Massnahmen werden bei der Reichsbank und bei der Reichsbahn getroffen.

Da eine entsprechende Senkung der Beamtengehälter bei den Ländern und Gemeinden erfolgt, sollen die Ueberweisungen um 100 Millionen Mark gekürzt werden.

Die Einnahmen des Reichshaushalts sollen in Zukunft nicht mehr für die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung herangezogen werden. Der Anteil des Reiches an dem Aufwand für die Krisenfürsorge wird im Etat auf 420 Millionen Mark begrenzt. In diesem Zusammenhang kündigt die Regierung eine grundlegende Reform der Arbeitslosenversicherung an.

Durch Abstriche im Reichshaushalt werden die Ausgabensätze bei den einzelnen Etats gegenüber dem Jahre 1930 um rund 300 Millionen Mark vermindert. Hier ist bereits eine Verständigung mit den beteiligten Reichsministerien durchgeführt. Betroffen werden hier die sozialen und kulturellen Ausgaben, dann auch

die reinen Verwaltungsausgaben. So ist die Beseitigung von Behörden (Reichsministerium für die besetzten Gebiete, Reichsvermögensverwaltung, Rheinlandkommissar, Reichsausgleichsamt, Vertretung des Reichs in Bayern) vorgesehen. Weiter plant man eine erhebliche Kürzung des Aufwandes für andere Behörden (Zentrale für Heimatdienst um die Hälfte, Statistisches Reichsamt um ein Viertel).

Die Ledigensteuer und der 5%ige Zuschlag zur Einkommensteuer werden aufrecht erhalten. Durch eine Besteuerung des Tabaks - hier soll vorzugsweise die Tabakeinfuhr erfasst werden - will man 167 Millionen Mark mehr einnehmen.

Die Massnahmen für die Länder und Gemeinden sehen u.a. folgendes vor: Die Bezüge der Beamten und Abgeordneten werden in derselben Weise gekürzt wie im Reich. Weiter ist eine Revision der Gehälter geplant, soweit Länder und Gemeinden und andere Körperschaften des öffentlichen Rechts höhere Gehälter als die im Reich zahlen. Dazu kommen andere Massnahmen. So will man die Durchführung einheitlicher Spargrundsätze in Reich und Ländern dadurch sichern, dass mit den Ländern Vereinbarungen über eine Mitwirkung des Reichs bei der Haushaltsaufstellung getroffen werden. In Preussen ist ein solches Zusammenarbeiten bereits dadurch sichergestellt, dass ein Vertreter des Reichs bei der Aufstellung des preussischen Haushalts mitwirkt. Das Haushaltsrecht der Länder und Gemeinden soll den strengen Grundsätzen des Reichs angepasst werden. Weiter werden die Gemeinden verpflichtet, bis Ende März 1933 eine von der Gemeindeverwaltung unabhängige Rechnungsprüfung einzuführen. Im übrigen wird an eine Vereinfachung der Rechtspflege und an Verwaltungsvereinfachung gedacht.

Weitere Vorschläge der Reichsregierung sind dem Problem der Vereinfachung des Steuersystems gewidmet. Sie erstrecken sich in erster Linie auf die Steuerleistung der Landwirtschaft und zwar denkt man hier daran, die Grundvermögenssteuer, die Reichsvermögenssteuer und die Einkommensteuer für die ersten 8 000 Mark durch eine Einheitssteuer zu ersetzen, die in einem bestimmten Verhältnis (nach Tausendstel) vom Einheitswert erhoben wird. Die Höhe der Steuer wird durch Länder und Gemeinden festgesetzt, denen die Steuer allein zufließen soll. In ähnlicher Weise gedenkt man eine vereinfachte Besteuerung der Kleingewerbetreibenden durchzuführen und zwar will man die Vermögenssteuerfreigrenze auf 20 000 Mark (bisher 5000) erhöhen. Dadurch wird sich die Zahl der vermögenssteuerpflichtigen Personen von 1,708 Millionen um etwa die Hälfte (854 000) ermässigen. Man erwartet hier eine Ersparnis, die den eintretenden Ausfall - man schätzt ihn auf 16 Millionen Mark - übersteigen wird. Hinsichtlich der Umsatzsteuer wird vorgeschlagen, dass Unternehmungen mit einem Gesamtumsatz von nicht mehr als 5000 Mark fortan der Umsatzsteuer nicht mehr unterliegen. Das Zwischenhandelsprivileg des § 7 des Umsatzsteuergesetzes wird auf den Grosshandel beschränkt. Eine Verlängerung des Steuermilderungsgesetzes über den September 1930 hinaus ist nicht beabsichtigt, weil es volkswirtschaftlich unerwünschte Transaktionen fördert. "Zur Erleichterung und Verbilligung der deutschen Kreditversorgung und zur Verhinderung von Gründungen im Ausland" schlägt die Reichsregierung auf Grund der Notverordnung eine Steuersenkung in der Art vor, dass der Satz der Gesellschaftssteuer allgemein 2%, bei Vollfusionen, Umwandlungen und Sanierungen 1%, die Grunderwerbssteuer bei Einbringung von Grundstücken in Betriebe 2% betragen und die Wertzuwachssteuer in solchen Fällen wegfallen soll. Die Wertpapiersteuer soll einheitlich 1% betragen, gleichgültig, ob es sich um Inlands- oder Auslandsanleihen handelt.

Einschneidend sind die Massnahmen hinsichtlich der künftigen Wohnungswirtschaft. Öffentliche Mittel sollen nur für den Bau kleiner Wohnungen gewährt werden. "Um tragbare Mieten zu erzielen", sollen neben der Kapitalhergabe Miets- und Zinszuschüsse erfolgen. Ausserdem will man Mittel für die Erhaltung des Altwohnraums zur Verfügung stellen. Das Bauprogramm der Regierung sieht für das Haushaltsjahr 1931 den Bau von 215 000 Wohnungen vor und zwar sollen 165 000 Kleinwohnungen einfachster Art mit Hilfe von Hauszinssteuermitteln und

50 000 Wohnungen ausschliesslich aus dem Kapitalmarkt finanziert werden. Ländliche und vorstädtische Siedlungen will man besonders berücksichtigen. Ueber die Finanzierung dieses Programms wird folgendes gesagt: 400 Millionen (bisher 800 Millionen) werden aus Hauszinssteuermitteln zur Verfügung gestellt. Weitere 400 Millionen will man im Wege der Einzelbeleihung oder durch Anleihen aufbringen. Im Zusammenhang mit diesem Programm will man die Beseitigung der öffentlichen Bewirtschaftung von Wohnungen systematisch einleiten. Dem dient der Plan, die Verwendung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau bis April 1936 im wesentlichen abzubauen. Andererseits sollen im Zusammenhang damit der ländlichen Siedlung öffentliche Mittel zugeführt werden und zwar im Jahre 1932/33 = 75 Millionen Mark, im Jahre 1933/34 = 100 Millionen Mark und im Jahre 1934/35 = 125 Millionen Mark. Den Landarbeiterwohnungsbau will man planmässig fortsetzen. Das Reichsmietengesetz (gesetzliche Miete) und das Mieterschutzgesetz (Mieterkündigungsschutz) sollen für besondere Räume aufgehoben werden, für die das Wohnungsmangelgesetz (Zwangsbeschlagnahme von Wohnungen) nicht mehr gilt. Die bisherigen Mieter sollen davon aber nicht betroffen werden. Die Durchführung der angekündigten Massnahmen will man nur dort eintreten lassen, wo diese Räume frei und neu vermietet werden. Eine weitere Verschlechterung des Mieterschutzes ist darin geplant, dass man bei einmal getroffenen Vereinbarungen in bestimmten Fällen die Berufung auf die gesetzliche Miete (§ 1 des Mieterschutzgesetzes) nicht mehr zulässig sein soll. Das Wohnungsmangelgesetz selbst soll am 1. April 1934 wegfallen, das Reichsmieten- und das Mieterschutzgesetz am 1. April 1936. Als Gegenleistung verspricht man - sehr zurückhaltend - eine Neuregelung des allgemeinen bürgerlichen Mietrechts unter sozialen Gesichtspunkten.

Die Kürzung der Hauszinssteuermittel um 400 Millionen Mark soll für die Senkung von Steuern und zwar zur Senkung der Realsteuern verwandt werden. Die Senkung will man am 1. April 1931 in Kraft treten lassen und zwar handelt es sich um eine schematische Senkung. Vorgeschlagen wird eine Verringerung der Gewerbsteuer um 20% - was eine Summe von 200 Millionen Mark ausmacht - und eine Verringerung der Grundsteuer um 10%, was rund 120 Millionen Mark bedeuten dürfte. Die verbleibenden 80 Millionen Mark will man in einem Fond zusammenfassen, aus dem die Länder in erster Linie diejenigen Gemeinden unterstützen sollen, deren finanzielle Lage durch die Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge oder andere Lasten bedroht ist.

Das Osthilfegesetz wird in der ursprünglich vorgesehenen Form durchgeführt.

Ueber den endgültigen Finanzausgleich werden Grundsätze festgesetzt. Danach sollen unter angemessener Verteilung der Aufgaben zwischen Reich, Ländern und Gemeinden den Ländern für sich und ihre Gemeinden die Einnahmen aus der Belastung von Bier und Branntwein zur Verfügung gestellt werden. Dem Reich sollen die Einnahmen aus Einkommen- und Körperschaftssteuer zufallen. Die bestehenden Sonderzuweisungen an einzelne Länder werden damit beseitigt. Um die selbständige Verantwortung der Gemeinden für ihre Ausgabenwirtschaft zu steigern, sollen sich die Dinge in Zukunft so vollziehen, dass das Reich nur für sich und die Länder eine bestimmte angemessene gesenkte Einkommensteuer erheben. Die Gemeinden bekommen das freie Zuschlagsrecht. Die Einkommensteuer wird aber nicht nur mit der Realsteuer in ein bestimmtes Verhältnis verknüpft, sondern die Ueberschreitung eines bestimmten Zuschlagssatzes davon abhängig gemacht, dass die Gemeinden zuvor eine allgemeine Belastung aller Bürger nach Massgabe eines Reichsgesetzes beschliessen.

Der Schluss der Vorschläge bildet die Begrenzung der Ausgaben der öffentlichen Hand. Dem Gedanken soll ein besonderes Gesetz dienen, wonach die unter dem Druck der Not auf ein Mindestmass herabgesetzten Ausgaben für die Dauer von 3 Jahren in Reich, Ländern und Gemeinden keine Erhöhung erfahren.

SED. Frankfurt a/M., 30. Sept. (Eig. Drahtber

Auf der Generalversammlung des Baugewerksbundes ergriff Eggert vom All-
gemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund am Dienstag das Wort, der sich mit der Ar-
gumentation des Unternehmertums auseinandersetzte. Er bezeichnete es als Schwin-
del, wenn gesagt wird, die Unternehmer können die sozialen Lasten nicht tragen.
Die deutsche Wirtschaft leide nicht an einer Ueberproduktion, sondern an einem
Unterverbrauch. Das deutsche Unternehmertum soll nur nicht glauben, dass sich
die grosse Auseinandersetzung nur allein auf das Baugewerbe beschränke. Den Be-
richt für die Schriftleitung des "Grundstein" erstattete Schmidt. Rosenfeld-
Tuttlingen gab den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Der Bundestag ist mit
314 Abgeordneten beschickt, ferner sind anwesend 16 Mitglieder vom Bundesvor-
stand, 18 Bezirksleiter, 15 Sekretäre, 2 Mitglieder vom Bundesausschuss, 2 Be-
hördenvertreter und 30 aus- und inländische Gäste.

Es folgte die Aussprache über den Vorstandsbericht und die zahlreichen
Anträge. Es sprachen Delegierte aus allen Teilen Deutschlands und einige waren
alle in den Forderungen: restlose Verwendung der Hauszinssteuer für den Woh-
nungsbau, Einführung der Krisenunterstützung für die Bauarbeiter durch das
Reich, Beibehaltung der Zwangswirtschaft, da die Aufhebung eine ungeheure Ver-
teuerung der Mieten herbeiführen würde, Verbesserung des Bauarbeiterschutzes,
Einführung der 44 Stunden=Arbeitswoche. Gutschmidt-Berlin wies auf die Kampf-
ansage der Unternehmer, auf den Aufbau der Löhne und die Massnahmen der Regie-
rung Brüning hin. Im ganzen Reich sollten die Gewerkschaften für die 44 Stunden=
woche und gegen den Lohnabbau demonstrieren. Ruff-Reutlingen schilderte die
trostlosen Verhältnisse in Württemberg, wo 70 Prozent der Facharbeiter arbeits-
los sind. Die Schultheisse verweigern die Arbeitslosenunterstützung, wenn der
Bauarbeiter noch eine Ziege im Stall hat. So herrsche grösstes Elend. Thomas-
Frankfurt a.M., Vorsitzender des Dachdecker=Verbandes, erklärte sich gegen die
Arbeitszeitverkürzung um eine halbe Stunde täglich und befürwortete eine Wo-
chenarbeit von 5 Tagen. Thomas kam auch auf das Anschwellen der nationalsozi-
alistischen Stimmen zu sprechen und betonte, dass man diese Tatsache nicht über-
schätzen, aber auch nicht unterschätzen dürfe. Viel bedenklicher als die 6,5
Millionen nationalsozialistische Stimmen seien die Vorgänge in der Reichswehr,
die der Leipziger Prozess enthüllt habe. Es sei Tatsache, dass in alle Verwal-
tungszweige nationalsozialistische Beamte eingedrungen sind. Die Stunde werde
nicht fern sein, wo die Gewerkschaften die Republik wieder einmal retten müssten
Der Feind stehe rechts. Das Gebot der Stunde laute: Sicherung der demokrati-
schen Republik.

Es wurde eine Entschliessung zur Wirtschafts= und Sozialpolitik angenom-
men, in der es u.a. heisst: "Es ist als sicher anzunehmen, dass auch nach Ueber-
windung der jetzigen Wirtschaftskrise sehr viel Arbeitskräfte in eine privat-
kapitalistisch betriebene Wirtschaft nicht mehr eingeordnet werden können. Die
Ueberwindung dieser Wirtschaftsform und ihre Ablösung durch eine sozialistische
wird mehr und mehr zu einer unbedingten Notwendigkeit, um erträgliche Existenz-
bedingungen für alle Menschen zu sichern. Der Bundestag fordert deshalb alle
Mitglieder des Deutschen Baugewerksbundes auf, im Verein mit der gesamten deut-
schen Arbeiterschaft als Massnahmen zu unterstützen, die der Ueberwindung des
Kapitalismus und der Errichtung einer sozialistischen Wirtschaft dienen können.
Insbesondere sind die Vorbereitung des Sozialismus dienenden gemeinwirtschaft-
lichen Einrichtungen aller Art mit allen Kräften zu fördern. Von der Regierung
und von den politischen Parteien fordert der Bundestag insbesondere, dass sie
die vom Privatkapitalismus geschaffene Herrschaft und Kontrollorganisationen
(Kartelle, Syndikate, Trusts, Monopole) unter die Staatsgewalt zwingen, damit sie
nicht mehr ausschliesslich dem Profitinteresse, sondern der Versorgung des Vol-
kes mit den Gütern des Lebens dienstbar gemacht werden können. Immer dringender
und unabweisbarer wird ferner die Aufgabe, die Dauer des normalen Arbeitstages
durch weitere Verkürzung dem durch die Rationalisierung der Betriebe vielfältig

gesteigerten Wirkungsgrad der menschlichen Arbeitsleistung anzupassen. Der Lohn muss in viel höherem Masse als es bisher geschieht als Kaufkraft und Regulator der Güterverteilung gewertet werden. Der Bundestag fordert deshalb alle Mitglieder auf, Überstundenleistungen standhaft zu verweigern und ihre gewerkschaftliche Kraft bereit zu halten, um in künftigen Tarifverträgen weitere Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen zu erzwingen. Von den gesetzgebenden Körperschaften muss erwartet werden, dass sie diese Bestrebungen der Arbeiterschaft fördern und jede gesetzgeberische Massnahme vermeiden, die die durch die Gewerkschaften mühsam erkämpfte Lebenshaltung der Arbeiterschaft in Gefahr bringt. Der Bundestag fordert von der Regierung Massnahmen zur Stabilisierung der Bauwirtschaft. Erforderlich ist die Aufstellung eines mehrjährigen Bauprogramms, die Bereitstellung von Baukapital zu erschwinglichen Zinssätzen und volle Bewegungsfreiheit der Kommunen in der Baufinanzierung. Für die Bereitstellung von Baukapital ist besonders wichtig, dass die Hauszinssteuer für die Dauer des aufzustellenden Wohnungsbauprogramms gesichert und in ihrem vollen Ertrage für den Wohnungsbau verwendet wird."

SPD. Die Lohntarifverhandlungen in der Berliner Metallindustrie sind gescheitert. Zum dritten Male kamen am Dienstag die Metallindustriellen und die Vertreter der Berliner Metallarbeiter zusammen, um über den Neuabschluss des Lohntarifvertrages der rund 150 000 Arbeiter und Arbeiterinnen zu verhandeln, der vom Verband Berliner Metallindustrieller zum 1. Oktober gekündigt worden ist. Die Verhandlungen wurden in einer kleinen Kommission weitergeführt. Nach anderthalbstündigen Beratungen flogen sie auf, da die Unternehmer auf ihrer Forderung nach einem 15%igen Abbau der Tariflöhne bestanden. Die bereits in der ersten Verhandlung von den Gewerkschaftsvertretern aufgestellte Forderung, die Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden bei einem gerechten Lohnausgleich zu verkürzen, wurde von den Unternehmern nunmehr endgültig abgelehnt. Sie erklärten, dass sie im Gegensatz zu den Gewerkschaften in der Arbeitszeitverkürzung kein Mittel sähen, die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen und die Wirtschaft wieder zu beleben. Als einzigen Ausweg aus der Wirtschaftskrise sähen sie den Abbau der Löhne, nicht nur in der Berliner Metallindustrie, sondern im gesamten Reichsgebiet und vor allem auch den Abbau der Gehälter der öffentlichen Beamten und Angestellten. Eine kurzfristige Verlängerung des Lohnabkommens - die Unternehmer schlugen vier Wochen vor - lehnten die Gewerkschaftsvertreter entschieden ab. Sie verlangten die Verlängerung des Vertrages entweder um ein halbes Jahr oder Austragung des Konflikts. Die im Metallkartell zusammengeschlossenen Berliner Metallarbeitergewerkschaften werden sich sofort Mittwoch darüber schlüssig werden, welche weiteren Schritte nunmehr, nachdem alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind, unternommen werden sollen.

SPD. In der Berliner Bauschloss- und Geldschrankindustrie ist ein ernsthafter Konflikt ausgebrochen. Der Schutzverband der Berliner Schlossereien mutet den Arbeitern neben anderen Verschlechterungen einen Abbau ihrer Löhne und Akkorde um 30 bis 40 % zu. Die Verhandlungen zerschlugen sich, weil die Unternehmer nur dazu bereit waren, den geforderten Abbau auf 20 % zu ermässigen. Über die ganze Angelegenheit hat zunächst der von dem Metallarbeiterverband angerufene Schlichtungsausschuss zu entscheiden.

Berliner Viehmarkt.

(30. September)

SPD. Auf dem Schweinemarkt gaben bei reichlicher Beschickung die Preise nach. Für die Situation ist bemerkenswert, dass rund 1 000 Tiere nicht ausgeladen wurden. Im Gegensatz zum Schweinemarkt zogen die Preise für Stalllämmer und Weidemastlämmer an. Der Kälbermarkt zeigte reichliche Beschickung. Der Preisstand konnte behauptet werden. Für beste Mast- und mittlere Mast- und Saugkälber ergaben sich Preiserhöhungen. Das Geschäft auf dem Rindermarkt war glatt bei nicht ganz genügendem Auftrieb.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:

Kühe: a) 43 - 48 (voriger Markt) 44 - 49), b) 36 - 40 (36 - 41), c) 30 - 34 (30 - 34), d) 25 - 28 (25 - 28) Kälber: a) - (-), b) 75 - 85 (73 - 83), c) 70 - 83 (70 - 81), d) 55 - 68 (55 - 68). Schweine: a) (über 300 Pfund) 52 - 53 (56 - 58), b) (240 - 300 Pfd.) 54 - 55 (58 - 60), c) (200 - 240 Pfd.) 54 - 56 (59 - 60), d) (160 - 200 Pfd.) 53 - 54 (57 - 60), e) (120 - 160 Pfd.) 50 - 52 (56 - 58), f) (unter 120 Pfd.) - (-), g) (Sauen) 47 (51).

Amtliche Kartoffelnotierungen.

(30. September)

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner waggonfrei ab märkischen Stationen: Weisse 1,10 bis 1,30, Rote 1,30 bis 1,50, Odenwälder Blaue 1,10 bis 1,30, andere gelbfleischige Kartoffeln 1,50 bis 1,70 Mark. In Berlin, sehr geringe Nachfrage. Fabrikkartoffeln 9 Pfennige je Stärkeprozent auf rund der Stützungsaktion für Kartoffelflocken, im übrigen 4½ bis 5½ Pfennige je Stärkeprozent.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 30. September: I. 130 Mark, II. 118 Mark, III. 102 Mark je Zentner. Tendenz: sehr ruhig.

SPD. Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex (1924 - 1926 = 100) stellt sich für die Woche vom 22. bis 27. September 1930 auf 98,6 gegenüber 102,7 in der Vorwoche und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 94,7 (98,9), Gruppe Verarbeitende Industrie auf 87,2 (91,3) und Gruppe Handel und Verkehr auf 121,3 (125,8).

Abgeschwächt.

(Berliner Getreidebörse vom 30. September)

SPD. Die Tendenz an der Berliner Produktenbörse war beträchtlich abgeschwächt; die Preisgewinne des Vortages konnten sich nicht behaupten. Am Markte der Zeitgeschäfte waren Preisverluste von ca. 2 Mark beim Weizen und von 2-3 Mark beim Roggen festzustellen. Auch im Handel mit effektiver Ware gingen die Kurse etwa im gleichen Umfange zurück. Das Angebot an kahnverladener Ware ist wieder stärker geworden. Dazu tritt die geringe Kauflust der Mühlen infolge des schlechten Mehlgeschäfts. Auch der Mangel an Lagerraum wirkt störend. Weizenmehl war etwas niedriger, Roggenmehl unverändert offeriert. In beiden Sorten hielten sich die Käufer sehr zurück. Auch Hafer lag sehr ruhig. Nur für prima weisse Sorten zeigte sich etwas Kauflust.

	<u>29. September</u>	<u>30. September.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	222 - 225	222 - 224
Roggen	149 - 150	149 - 150
Braugerste	198 - 220	198 - 220
Futter- und Industrieroggen	172 - 184	172 - 184
Hafer	147 - 158	147 - 158
Weizenmehl	26,50-34,75	26,50-34,75
Roggenmehl	22,25-26,00	22,25-26,00
Weizenkleie	7,25- 7,75	7,25- 7,75
Roggenkleie	7,00- 7,25	7,00- 7,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 241, Oktober 241-239, Dezember 253½-251½, März 268-267. Roggen September 163, Oktober 161½-160½, Dezember 177-176, März 191-190½, Hafer September -, Oktober 147 und Geld, Dezember 158-157½, März 173.

Rauhfutternotierungen.

(Berlin, 30. Sept.)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen).....	RM.	-,70	- -,90
" " Weizenstroh (" ").....	RM	-,60	- -,70
" " Haferstroh (" ").....	RM	-,80	- -,95
" " Gerstenstroh (" ").....	RM	-,70	- -,85
Roggen=Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt.....	RM	-,75	- -,95
Bindfadengepresstes Roggenstroh	RM	-,65	- -,80
" " Weizenstroh	RM	-,60	- -,70
Häcksel	RM	1,40	- 1,50
Handelsübliches Heu, gesund und trocken 1. Schnitt.....	RM	1,45	- 1,85
" " " " " 2. Schnitt.....	RM	1,20	- 1,50
Gutes Heu, gesund und trocken 1. Schnitt.....	RM	2,--	- 2,20
" " " " " 2. Schnitt.....	RM	1,60	- 1,90
Thymothee, lose	RM	2,70	- 3,10
Kleeheu, lose	RM	2,40	- 2,80
Mielitz=Heu, lose, rein (Warthe)	RM	1,65	- 1,85
" " " " (Havel)	RM	1,20	- 1,50
Drahtgepresstes Heu	RM	0,40	über Notiz.

Tendenz: ruhig.